

Mittelddeutsche Nationalzeitung

HERAUSGEBER: RUDOLF JORDAN, M. D. L.

4. Jahrgang Die „Mittelddeutsche Nationalzeitung“ erscheint täglich (außer Sonntagen) mit 16 Seiten, 2. Klasse. — Preis: 15 Pf. — Einzelhefte 1 Pf. — Abonnement: 30 Pf. — Ausland: 45 Pf. — Postamtliche Zustellung. — Montag, 6. Februar 1933 Nummer 31

Vor der großen Reinigung in Preußen Landtagsauflösung gegen den Willen der Systemfront wahrscheinlich Adolf Hitler verzichtet auf sein Reichskanzler-Gehalt

Die Systemfront gestellt: Der Landtag lehnt Auflösung ab! Einheitsfront von der KPD. bis zum Zentrum - Die Angst vor dem Votum des Volkes

Berlin, 6. Febr. Unter härtester Anteilnahme der Öffentlichkeit trat der Preussische Landtag am Sonntag zu einer entscheidenden, wahrscheinlich letzten Sitzung zusammen. Als einziger Punkt der Tagesordnung stand der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Landtages und auf Verhängung von Neuwahlen für den 5. März zur Entscheidung. Schon die Geschäftsordnungsdebatte zeigte, daß das Volkrecht sämtlicher Systemparteien darauf gerichtet war, die Beratungen des nationalsozialistischen Auflösungsantrages möglichst zu verlangsamen. Der nationalsozialistische Fraktionsführer, Rg. Kube, machte dieserhalb die Empfehlung, zunächst ein Ende machen zu lassen, daß er der Beratung jedes weiteren Antrages, den man noch auf die Tagesordnung zu bringen vermag, widersprechen werde. Als daraufhin trotzdem der kommunistische Abgeordnete Fried und nach ihm weitere kommunistische eine Anzahl agitatorischer Anträge auf der Tagesordnung unterzubringen wollten, gab Rg. Kube dazu die Erklärung ab, daß der Preussische Landtag während seines bisherigen Bestehens und in seiner jetzigen Zusammenfassung nicht für den deutschen Arbeiter und den deutschen Bauern getan habe und nun keine.

Die neue Reichsregierung werde unter Führung des deutschen Arbeiterführers Adolf Hitler die Maßnahmen treffen, die im Interesse des deutschen Arbeiters und Bauern notwendig seien.

Als erster Redner sprach der nationalsozialistische Fraktionsführer:

Rube: Das Volk soll entscheiden!
Die nationalsozialistische Forderung, so begann Rg. Kube, hat den Antrag auf Auflösung des Preussischen Landtages einbracht, nachdem sich alle Versuche zur Bildung einer abendungs- und verfassungsmäßigen Regierung in diesem Hause als unmöglich und als zwecklos herausgestellt haben. Wiederholt ist von Seiten der Nationalsozialisten verlangt worden, die Wahl des Reichspräsidenten vorzunehmen. In dem Augenblick, in dem die nationalsozialistische Arbeiter-Partei ihrer Stärke entsprechend mit dem legalen Anspruch auf die Übernahme der Verantwortung im Staat vor dem Reichspräsidenten Landtag trat, wurde alles, was bisher als Recht und Gesetz galt, durch den Vorwurf gestürzt. Unsere Versuche, eine verfassungsmäßige Regierung und damit das höchste Verfassungsorgan in dem größten deutschen Lande, das über die größte Tradition der deutschen Geschichte verfügt zu schaffen, sind am Ende überhand der Parteien gescheitert, die heute mit Recht nicht mehr zu schweigen haben als das Volk des Reiches. Sie waren bereit, auf der Basis einer rein parlamentarischen Regierungsumgestaltung in Preußen einen geordneten Zustand herbeizuführen. Auch dem 6. November haben beide marxistische Parteien mit lauten Gelächel die Verhängung des Volkes gerühmt. Der Reichspräsident hat jetzt den Wunsch der Wähler, Neuwahlen im Reich durchzuführen, erfüllt.

Es ist für das preussische Volk untragbar, daß Männer wie Braun und Severing weiterhin die gleiche Haltung bezogen und daß sie weiterhin ein Schattenbild spielen können, das zu einem Blat der Schande in der preussischen Geschichte werden muß. Beide müssen weg!

Wir wollen, daß der Wille des Volkes gegen seine Verfassung einseitig wird. Die Auflösung des Landtages ist aus Gründen der politischen Sauberkeit und der nationalen Ehre des preussischen Volkes notwendig. Wer den nationalsozialistischen Antrag ablehnt, beweist damit, daß er allen Grund hat, das Votum des Volkes zu fürchten. Wir wissen, daß ein eigenes Referendum des deutschen Volkes zum Führer der deutschen Freiheitsbewegung und zu der neuen Regierung der nationalen Erhebung sein wird! (Stürmischer Beifall auf der rechten Seite des Hauses und auf einem großen Teil der Publikums- und Pressebühnen.)

(Fortsetzung auf Seite 2.)

Das Sturmläuten der neuen Zeit Von Dr. Otto Dietrich

Die bevorstehende Reichstagsauflösung und kurzfristige Anberaumung von Neuwahlen als notwendige Antwort auf den ersten Versuch der parlamentarischen Sabotage und parteipolitischen Winterarbeit gegen die nationale Regierung dürfte allen Feinden der nationalsozialistischen Bewegung und allen denen, die sich von der marxistisch-liberalistischen Gebankverleumdung durch die bisherigen nachkommunistischen Regierungen noch nicht freimachen konnten, gezeigt haben, daß ein neuer Geist in der Politik im Werke eingeschlagen ist und daß die Regierung Hitler nicht nur den Willen hat, zu handeln, sondern auch die Entschlossenheit und alle Vollmachten dazu besitzt. Bei der gegebenen parlamentarischen Situation, die der nimmermehr auch äußerlich in die

Kommunalwahlen am 12. März Sämtliche kommunalen Vertretungsvereinigungen in Preußen aufgelöst

Berlin, 6. Februar. Die kommunalpolitische preussische Regierung hat durch Verordnung sämtliche kommunalen Vertretungsvereinigungen aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 12. März 1933 statt.

Wie der amtliche preussische Pressedienst mitteilt, ergibt sich die Rechtsgrundlage der Verordnungen über die Aufhebung der kommunalen Vertretungsvereinigungen aus den einzelnen Gemeindeverfassungsgesetzen, in denen das Staatsministerium ermächtigt ist, durch gemeindliche Vertretungsvereinigungen aufzulösen. Zur Verbilligung der durch die Auflösung erforderlich werdenden Neuwahlen hat das Staatsministerium (Kommissare des Reiches) gleichzeitig Befehl erteilt, den Wahlen für die Neuwahl sämtlicher aufgelösten kommunalen Vertretungsvereinigungen einseitig, und zwar so festzusetzen, daß die Auslegung der Wählerlisten zugleich mit der Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl erfolgen kann.

Heute Versammlungs- und Pressenotverordnung Zum Zwecke der Wahrung der Autorität und der ungehinderten Durchführung der Aufbauarbeit

Berlin, 6. Febr. Am 6. Febr. ist mitgeteilt worden, daß dem Reichspräsidenten der Entwurf einer Verordnung vorliegt, die dem Herrn Reichspräsidenten zur Unterschrift vorliegt, wird heute veröffentlicht werden.

Wie wir dazu noch erfahren, gibt die Verordnung in erster Linie die Möglichkeit, die Durchführung der öffentlichen Sicherheit herzustellen, zu verbieten und Versammlungen, in denen zum Ungehorsam gegen die Gesetze aufgehetzt wird und Organe des Staates verächtlich gemacht werden, aufzulösen.

Der Presse gegenüber enthält die Verordnung einschneidende Bestimmungen, die allerdings nur dann in Kraft treten, wenn Verwalter militärischer Geheimnisse, Auflockerung zum Ungehorsam gegen Gesetze, Aufforderung zum Streik in lebenswichtigen Betrieben und Verschmäpfung leitender Beamter des Staates, sowie Verletzung wichtiger Nachrichten, die lebenswichtige Interessen des Staates gefährden, vorliegen. Die Verordnungen treten in Kraft.

Das deutsche Volk wird die Entschlossenheit der Reichsregierung begrüßen, umso mehr, da sich die berufsmäßigen Feindmänner deutscher Ehre der von der Reichsregierung bewiesenen Loyalität in keiner Weise würdig zeigten.

Der Führer in München

München, 6. Febr. Die Reichspressstelle der NSDAP. teilt mit:

Reichskanzler Adolf Hitler trat am Sonntag bei Einbruch der Dunkelheit von Berlin im Flugzeug kommend, in München ein. Der Besuch des Führers dient zunächst privaten Zwecken, dann aber auch der Vorbereitung der Reichstagswahl. Wie bekannt, verbleibt die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung auch für die Zukunft in München. Adolf Hitler, der auch persönlich außerordentlich am Willen hängt, behält hier seine eigentliche Wohnung. Der Führer kehrt im übrigen als Reichskanzler kein Gehalt. Er hat, da er sich als Schriftsteller sein Einkommen selbst verdient, auf seine Bezüge als Reichskanzler verzichtet.

Erklärung getretenen politischen Zeitensende in seiner Weise mehr einseitig, ist ein neuer, arbeitstätiger Reichstag eine unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und durchgreifende Neugestaltung der deutschen Verhältnisse, die nach 14-jähriger furchtbare materieller und geistlicher Not endlich in Angriff genommen werden kann. Nachdem die erste deutsche Nationalregierung durch die Verungung des Reichspräsidenten unter Führung Adolf Hitlers legitimiert ist, soll auch dem deutschen Volk Gelegenheit gegeben werden, seinen Willen zur Mitarbeit an dem großen deutschen Freiheitswerk, Ausdruck zu geben und seine Verbundenheit mit der Regierung der nationalen Einheit zu bezeugen.

Der Aufbau der Regierung an das deutsche Volk ist mehr als eine der höchsten Pflichten. Es ist als erstes Manifest der Regierung der nationalen Erhebung eine geschichtliche Tat, Inbegriff von den ohnmächtigen Wüstlingen, die der öffentlich angegriffenen jüdisch-marxistischen Volkerverderber und ihrer politischen Trabanten — ja gerade deswegen — wird dieses Manifest in seiner unerschütterlichen, unerschütterlichen, von innerer Kraft getragenen Sprache vom Volke empfangen.



Anklage gegen das schwarz-rote System im Landtag

(Fortsetzung von Seite 1.)

den wie eine Befreiung aus der festlichen Erstarrung der letzten Jahre, wie die Offenbarung neuer Volkserhebung, die ihm die höchsten Ziele wieder erschließt.

Diese Proklamation an das deutsche Volk atmet den Geist unserer hehrlichen nationalsozialistischen Freiheitsbewegung wie er sich erstmals vor 13 Jahren befreit und entlockten dem Marxismus in Deutschland entgegenwarf und in einem antipodenartigen Ringen ohne Beispiel das Feuer der deutschen Erhebung bereits in Millionen von Herzen entfacht hat, ehe es zum Fanal einer deutschen Regierung werden konnte, an deren Spitze der Führer der nationalsozialistischen Bewegung getreten ist. Es erfüllt uns Nationalsozialisten heute mit Stolz und Freude, daß der Appell, den der Reichsführer Adolf Hitler im Namen des Reichsführers des deutschen Volk gerichtet hat, von dem einmütigen Willen aller Reichsbürger getragen ist, die sich dem Geist, der aus diesem Aufruf unserer Führer spricht, übergewandert zu eigen machen konnten und sich hinter ihn gestellt haben. Dieses höchste Symbol der Einheit, das in dieser erhabenen Anerkennung des mitteilenden nationalen Willens und des schöpferischen Sinnerns der Bevölkerung des Reiches seinen Ausdruck findet, darf als ein bedeutsames Stadium nicht nur der gesamten nationalsozialistischen Bewegung, sondern auch des ganzen deutschen Volkes betrachtet werden, das an der Spitze seiner Regierung nunmehr einen Mann besitzt, zu dem es in grenzenlosem Vertrauen stehen kann. Adolf Hitler ist der Kanzler des Reiches, in dem die Zukunft der Führerpersönlichkeit sich mit der Liebe zum Volke in glücklicher Weise vereinigt. Diese feste Überzeugung hat das Handeln der Regierung Hitler in Millionen Herzen deutscher Volksgenossen aller Berufe und Stände für den Reichsführer und Führer der nationalsozialistischen Bewegung, die ihn bisher nur aus dem heroischen Kampfen der gegnerischen Presse kennen, neu genetzt und zur Beweihrung werden lassen.

Die Saat wird aufgehen, in jene alle umfassende Volksgemeinschaft hineinzuwachsen, die nicht mehr Bürger und Parteigänger, sondern in schicksalsergebender Einheit nur noch Deutsche kennt.

Gegenüber ihrer selbstgewählten Verpflichtung gegenüber der Nation tritt die nationalsozialistische Bewegung auf eine neue in diesen Kampf für dieses große und hehre Ziel, das durch die Kanzlerschaft ihres Führers dem deutschen Volke in so greifbarer Nähe gerückt ist. Der Mensch an die Regierung Hitler hat die Sturmzeichen eingeläutet, Innozenz von Söldnern und Anhebung volksfeindlicher Mächte halt diesmal der Sturm der deutschen Regierung durch das Land, der alle Herzen mit sich reißt, die für das junge Deutschland schlagen. Dieses junge Deutschland, das den neuen Staat und Deutschlands Zukunft auf seinen Schultern trägt, wird in dieser Entscheidungslage freitreten, wie es noch nie gekennnt hat. Kampfen werden wir — das Ziel vor Augen — im Kampfe. Sturmrisen herunter! Diesmal marschieren wir zum Siegel!

Personalveränderungen

Der Reichskommissar für Preußen hat den Reichsminister Dr. Eugen Berg zu seinem Stellvertreter im preussischen Landwirtschaftsministerium ernannt. Zum Staatssekretär im Reichsernährungsministerium ist der desionalische Landwirtschaftsleiter von Nobis-Demmin ernannt worden. Der desionalische Reichslandtagsabgeordnete Dr. Rang ist zum Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium ernannt worden.

In Stelle des abberufenen Obersten Nazistatistikars ist der Polizeioberinspektor von Pöppel zum Leiter der Personalarbeitung für die preussische Schutzpolizei ernannt worden. Polizeihauptmann Pöhl wurde zu seinem Hilfsleiter ernannt.

Hr. Dr. Haupt Ministerpräsident im Kultusministerium

(Drohbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 6. Febr. Der bekannte Kulturpolitiker Hr. Dr. Haupt aus Gumboldt, dessen Kulturpolitische Ideen im Preussischen Landtag großes Aufsehen erregten, wird wie wir aus erster Quelle erfahren, wohl noch im Laufe des heutigen Tages durch den Kultusminister Hr. Ruff unter Ernennung zum Staatsminister ernannt werden mit dem Befehl, den Auftrag, schon bis zu Beginn des nächsten Semesters ein neues Studienrecht zu schaffen.

Neuer Leiter der preussischen Pressestelle

Berlin, 6. Februar. Wie der amtliche Preussische Pressenachrichtendienst, der im Befehl der Vereinigten Reichsstelle der Reichsregierung von Weise zum Oberregierungsrat und Leiter der Pressestelle des preussischen Staatsministeriums ernannt worden.

Als nächster Redner sprach dann der sozialdemokratische Jude Seikmann. Am Ende seiner oft von starkem Wierispuch unterbrochenen Ausführungen stand die Ablehnung des nationalsozialistischen Aufstiegsprogramms. Diese Stellungnahme war zu erwarten und nichts hätte die SPD. mehr charakterisieren können, als dieses von der Angst diktierte Wesen vor der Stimme und vor der Entschädigung des Volkes.

Hr. Rube nahm dann noch einmal Gelegenheit, vor dem Forum des Preussischen Landtages Anklagen gegen das System zu schließen.

Das System unter Anklage!

14 Jahre lang, so führte Hr. Rube aus, hat der Marxismus im Reich und in der Mehrzahl der deutschen Länder Gelegenheit gehabt, alles durch das Volk und alles für das Volk zu tun. 14 Jahre lang hat der Marxismus in ausgeprägter parteipolitischer Form die Macht in Preußen gebrandt und 14 Jahre lang hat man Gelegenheit gehabt, die Interessen der breiten Masse des Volkes zu wahren. Wenn heute ein sozialdemokratischer Redner es wagt, den Kampf gegen den Kapitalismus zu prägen, so stelle ich fest, daß das kapitalistische Ausbrennterium größer war, als in den 14 Jahren sozialdemokratischer Staatsführung. Die Wortart, Künstler und Schaffner waren keine Angehörigen des nationalen Volkstums! Wenn jemand verstanden sollte, unter der Reichsführerschaft Adolf Hitlers einen dieser sozialdemokratischen Korrupten zu kapieren, so wird er sich am Volke wiederfinden! (Stürmischer Beifall rechts.) Nie ist ein Volk stärker entstanden als durch den Marxismus, wie die 12 Millionen, die am 6. Nov. 1932 Adolf Hitler wählten, wählten ihn nicht, weil sie auf den Grundbrennterium stehen, daß es mit der SPD. geht, sondern mit dem entschlossenen Willen, daß es nur gehen feht.

Hr. Rube zitiert dann am Ende eines Affensüdes ein vom 30. Juli 1932 datiertes und von Ministerialdirektor Dr. Nobis unterzeichnetes Protokoll, in dem es u. a. heißt: Nachdem ich von der dienlichen Schmelzpflicht entbunden worden bin, mache ich antrags- und pflichtgemäß nachdrücklich Mitteilung darüber, was mir an Persönlichkeiten über die am 27. h. Mts. in einem Vortrag der Berliner Presse aufgetauchten Nachrichten über Verwendung öffentlicher Gelder für Zwecke der Landtagswahl bekannt ist. Am 6. April fand im Anschluß an eine Staatsministerialbesprechung eine Ministerbesprechung statt, an der ich als Protokollführer teilnahm. Alle damaligen Minister waren anwesend. Ausgehend nahm der Staatssekretär des Ministeriums des Innern teil.

Dieser trug im Auftrage des Ministers vor, daß es erforderlich sei, zum Zwecke der Wahlpropaganda bei den bevorstehenden Landtagswahlen erhebliche Mittel zur Sicherstellung eines Erfolges der derzeitigen Kandidaten zur Verfügung zu stellen. Es geht hier nur die Möglichkeit, einen bestimmten Fonds, nämlich den Fonds „zur Bekämpfung des Verbrechenstums“ der 60000 A. beträgt, entsprechend zu überschreiben (Stürmische Entschuldigungsrechte), da dies der einzige Dispositionsfonds der Regierung sei, der der Nachprüfung durch die Rechnungskammer nicht unterliege (Große Erregung rechts).

Das Ministerium des Innern, also Sie, Herr Seering, Sie haben die Freiheit bekommen, uns als Verbrechen zu bezeichnen (erregte kühnliche Entschuldigungsrechte bei den Nationalsozialisten). In dem von Hr. Rube vorlesenen Protokoll heißt es dann u. a. weiter: Das Ministerium des Innern beantragte, diesen Fonds im Rechnungsjahr 1932 um zwei Millionen A. zu überschreiben, um damit die entstehenden Wahlkosten zu decken. Politische Bedenken gegen diesen Vorschlag wurden nicht erhoben. Es wurde vielmehr niederschlagend befunden, daß der genannte Fonds bis zu zwei Millionen A. überschrieben werden könne. Es entstand eine Erörterung über die Verteilung der Gelder, insbesondere über den Schlüssel, nach dem die drei Kandidatenparteien die Gelder zur Verfügung gestellt haben wollten. Eine Erörterung über einen Schlüssel erfolgte nicht. Die Verteilung des Geldes wurde für die einzelnen Fälle der Vereinbarung durch die Minister des Innern überlassen. Am Schluß der Sitzung erhielt ich — Nobis — vom Ministerpräsidenten Braun den Auftrag, eine kurze Niederschrift anzufertigen, die aber nicht in den Geschäftsbereich, sondern im persönlichen zu übergeben sei. Dies ist auch geschehen.

Es (zu den Ques.) so fuhr Hr. Rube weiter fort, sind für und keine politische, sondern nur mehr noch eine kriminelle Angelegenheit. Die Seidenminister Seering hat nicht weniger als zwei Millionen A. verstreut, die Seeringer zur Unterstreichung der Wahlpropaganda der Sozialdemokratie verwendet. Das geht aus der eidesstattlichen Versicherung des Ministerialdirektors Nobis einwandfrei hervor. Die technische Ausführung übernahm ausgerechnet der Jude und Ministerialrat Dr. Hirschfeld. Nach diesen Vorgängen ist es nicht mehr notwendig, sich mit der Sozialdemokratie weiter politisch auseinanderzusetzen.

Ein sozialdemokratischer Minister hat es gewagt, die größte deutsche Volksbewegung aus einem Fonds „zur Bekämpfung

des Verbrechenstums“ zu beschöpfen.

Dafür werden wir Rechenschaft fordern. Am 5. März wird das Volk seine Landtagspräsidenten. Am 5. März wird das Volk sich entscheiden, für wen ein Fonds zur Bekämpfung des Verbrechenstums Anwendung finden kann. (Mittler Lösung lautet:

„Adolf Hitler und ein hartes und sauberes Reich und ein hartes und sauberes Preußen!“

Der weitere Verlauf der Ausbreitung über den nationalsozialistischen Aufstiegsprogramm ergab dann eine merkwürdige Einigkeit. Vom Zentrum bis zur SPD. (In dem die unsozialistischen Parteien zusammen, um die Ablehnung des nationalsozialistischen Aufstiegsprogramms zu motivieren. Sie führten Szenen, die zu einer zwanglosen Unterbrechung der Sitzung führten. Es kam es, als der Sozialdemokratische Seering bei Wort ergriffen wollte, erst als Seering im Vortrag, nicht mehr im Rahmen zu arbeiten, konnte die Debatte weitergeführt werden.

Mit 214 gegen 196 Stimmen

Das Ergebnis der Abstimmung ergab die Ablehnung des nationalsozialistischen Aufstiegsprogramms mit 214 Stimmen der vereinigten Mitglieder von der SPD. bis zum Zentrum gegen 196 Stimmen der Nationalsozialisten, der Deutsch-nationalen, der Deutschen Volkspartei, der Christlich-Sozialen und des Deutsch-Hannovers.

Dreimänner-Ausschuß lehnt ebenfalls ab

Berlin, 6. Febr. Während der zweiten Unterbrechung der Vollziehung des Preussischen Landtags trat im Ausschuss des Reichsführers Seering der aus dem Ministerpräsidenten Braun, dem Landtagspräsidenten Seering und dem Staatsratspräsidenten Adenauer bestehende Dreimännerausschuß zusammen. Nach etwa einviertelstündiger Beratung lehnte der Ausschuß mit den Stimmen Braun und Adenauer gegen Seering die Beschließung des Landtages ab.

Heute Entscheidung über das Schicksal des Landtages

Berlin, 6. Febr. Nachdem der dreimännige Ausschuß die Selbstauflösung des Landtags nicht für sich entschieden hat, darf sicheres Vernehmen sein, daß die Entscheidung über das Schicksal des Landtages heute noch bezweifellos werden, daß die Entscheidung auf anderem Wege vorgenommen wird. Die Entscheidung hierüber ist für Montag zu erwarten.

Grundlagen einer gesunden Siedlung

Reichslandtag des Reichslandbundes

Berlin, 6. Febr. Am Sonntag veranstaltete der Reichslandtag des Reichslandbundes den ersten Reichslandtag, an dem Stedler aus allen Teilen des deutschen Ostens teilnahmen. Der Vorsitz führte Reichslandtagspräsident Lind von Reichslandtag.

Der geschäftsführende Präsident des Reichslandbundes, Graf von Kaldreuth sprach über den Kampf des Reichslandbundes für die bäuerliche Erwerbswirtschaft. Die umfassenden Forderungen des Reichslandbundes wurden von ihm ausführlich dargelegt und begründet. Der Redner wies nach, daß von ihrer Erfüllung auch das Schicksal der deutschen Stedler abhängig sei. Mit Nachdruck wendete er sich gegen den Mißbrauch der Stedlerarbeit, wenn z. B. die Notwendigkeit der Siedlung damit begründet werde, daß der deutsche Bauer länger und billiger arbeite als der auf Landarbeiter angewiesene Gutbetrieb. Das hieße doch nichts anderes, als dem Stedler einen Lohn für seine Arbeit zugunsten der Löhne unter den Landarbeitern zu zahlen, der unter dem Druck der landwirtschaftlichen Notlage doch wahrlich nicht hoch sei. Ein Zentrum sei es, die Siedlung als einen direkten Weg zur Beseitigung oder auch nur Milderung der schädlichen Arbeitslosigkeit anzusehen. Wohl aber sei es möglich, durch Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität und Siedlung der kauerlichen Kaufkraft bei landwirtschaftlicher einer Hauptquelle der Arbeitsbeschaffung für das Arbeitslosenheer in Industrie und Gewerbe zu machen.

Zum Schluß seiner Ausführungen ging Graf von Kaldreuth auf die gegenwärtige politische Lage und ihre möglichen Rückwirkungen auf das Siedlungswesen ein. Er betonte, daß aus der Umdeutung der Reichsregierung eindeutig der einseitige Wille des gesamten Reichsführers hervorgehe, in Deutschland einen neuen Weg zu einer deutschen Nationalwirtschaft zu

machen und ihm damit endlich die Stellung zu geben, die ihm von Natur und zum Wohle des Volkes in der deutschen Volkswirtschaft gebühre. Diese Einstellung über das nationalpolitische Ziel deutscher Wirtschaftspolitik dürfe aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß die infolge langjähriger Mißwirtschaft angelegenen Schwierigkeiten zu groß seien, daß der Weg zur Erreichung des gemeinsamen Zieles vielfach umstritten sein werde und daß es daher der einverleibten Mitarbeit aller bedürfe, um den richtigen Weg zu finden.

Die Ausführungen von Regierungsrat a. D. Dr. Wenzel, dem Leiter des Siedlungswesens,

Gleichschaltung der Wirtschaftspolitik

Die Grundlegung des Vierjahresplanes

Berlin, 6. Febr. Nachdem Eugen Berg zu den beiden Wirtschaftsministerien des Reiches auch noch die Wirtschaftsleitung des Reichswirtschaftsministeriums und des Wirtschafts- und Handelsministeriums in Preußen übernommen hat, läßt sich erst der Umfang seiner Aufgaben wohl übersehen. Wie die „Landwirtschaftliche Wochenzeitung“ mitteilt, werden die von Eugen Berg geleitete Ministerien weiterhin getrennt bleiben, es ist nicht etwa eine selbständige Zusammenfassung in ein Reichsministerium beabsichtigt. Über Eugen Berg wurde mit Nachdruck für eine sachlich völlig einwandfreie Gleichschaltung der Ministerien sorgen. Der erste sichtbare Schritt dazu sei die Ernennung der neuen Staatssekretäre in den beiden Reichsministerien. Wenn auch die Ernennung der Staatssekretäre von größerer Bedeutung als früher sei, angesichts der gleichzeitigen Veranlassung von vier Ministerien durch einen Minister, so müsse doch damit gerechnet werden, daß noch weitere Personalveränderungen folgten.

schaffen beim Reichslandtag, fanden ihren Niederschlag in der einstimmig angenommenen Gleichschaltung. Die heute der Reichsregierung überreicht wird und die fordert: 1. Ernennung der Reichsminister der Bodenverwertung für die angelegten Stedler, da die von Jahren festgelegten Bodenverträge nicht mehr der heutigen Lage entsprechen. 2. Grundständige Wiedervereinigung der landwirtschaftlichen Grundbesitzer der Siedlungssträger. Diese müßten zu einem mit Recht selbst werden. 3. Gleichschaltung einer Kommission beim Reichslandtag, die die Aufgaben des Reichsministeriums, die entgegen den bisherigen Verpflichtungen, den Stedlern selbst als den wirklichen Sachverständigen das Doppelte ermöglicht und für die Sicherung der bisher üblichen Stedler vor Inanspruchnahme ihrer Neusiedlung zu sorgen hat.

Es befinden sich die ersten Maßnahmen der preussischen Wirtschaftspolitik bereits in der Vorbereitung. Eines der grundlegenden Ziele des Vierjahresplanes sei

der innere Strukturwandel der Wirtschaft, weil der heutige Umfang der Arbeitslosigkeit weitestgehend auf die einseitige Siedlung eines Teiles des Jahresertrags als Folge der wirtschaftspolitischen Klippen der Vergangenheit zurückzuführen ist. Für die Landwirtschaft sei ein für das ganze Reich weitestgehend weiterer Volkswirtschaft, der hinsichtlich als Vorwort bezeichnet werden sei, in Vorbereitung. Die auf die Sicherung des Innenmarktes zielende landwirtschaftliche Linie hieße auch für die wirtschaftlichen Bindungen fest, deren Erfüllung nicht einseitig sei. Daß im Hinblick auf die Verdrängung der Landwirtschaft die erste Sorge der Wirtschaftspolitik sei.

Das Staatsbegräbnis für die Blutzeugen der historischen Januar-Nacht

Hunderttausende geben das letzte Geleit

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. Febr. Volkstanz wachte die Fahnen wehenden auf den historischen Gebäuden Unter den Linden, auf dem Schloß und auf dem Zeughaus, der Gemäldehalle rührte sich die Menge, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Dans Oberhärdt, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Hans Eberhard, Ministerpräsident, und Josef Baumbach, Reichspräsident, waren die ersten, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Ministeriums sowie den Spitzen des Berliner Polizeipräsidiums. Aufstehend auf die Beamtinnen der Schutzpolizei, die an diesem Tage ihren Dienst hatten. Wieder eine Hunderttausende, die in jener Nacht den Tod gefunden hat. In der ersten Nacht der historischen Januar-Nacht, die letzte Ehre zu erwiesen.

Stunden um Stunden zogen unter dem grauen Himmel in mühseliger Ordnung die Kolonnen der SA. Der Stahlschloß folgte die Hitler-Jugend, der Bund deutscher Mädchen und der Schlag die Frauenkolonnen der SA. Um 11.45 Uhr hatte sich der Zug in Bewegung gesetzt und um 17.10 Uhr marschierte der letzte Sturm der SA über die Schloßterrasse.



Adolf Hitler stellt sich dem Reichsrat vor. Der neue Kanzler bei seiner Rede an die Ländervertreter, in der er betonte, daß er und sein Kabinett jede unnötige Zentralisierung zu vermeiden wünschten und daß die neue Reichsregierung hoffe, mit den Ländern im besten Einvernehmen zusammenzuarbeiten.

Rotmord wütet weiter

Blutige Bilanz des Wochenendes

Auf der Reichsstraße von Leerfelden nach Puffelberg wurden am Sonntag Abend gegen 20 Uhr vier offene Lasterwagen, die mit Angehörigen der NSDAP besetzt waren, aus Fernern heraus beschossen. Dabei erhielt ein Stenographenführer der NSDAP einen Kopfschuß. Am Oberberliner-Wald wurden eine Anzahl Schüsse abgegeben. Eine Frau wurde am Bein verletzt. Bei einer Schießerei zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten gab es 6 Verletzte, darunter 2 Schwerverletzte.

In Barbis wurden anlässlich eines Aufmarsches der SA zwei SA-Männer hinterläßt niedergeschossen. Sie mußten dem Krankenhaus zugeführt werden. Am Sonntag Vormittag veranstaltete die Eisene Front in Dresden eine Kundgebung im Gewerkschaftshaus. Anschließend folgte ein Demonstrationzug des Reichsbanners durch die Stadt, bei dem es an verschiedenen Stellen zu Zusammenstößen mit Nationalsozialisten kam. Es wurden acht Personen verletzt und eine getötet.

Wie von der Polizeidirektion in Nürnberg mitgeteilt wird, kam es in der Nacht zum Sonntag gegen 11.30 Uhr zwischen SA-Leuten und Kommunisten bei einem kommunikativen Verkehrsstopp zu einem Zusammenstoß, bei dem mehrere Schüsse mit Pistolen abgegeben wurden. Von Seiten der Kommunisten wurde auch mit Biergläsern

Auf dem Invaliden-Friedhof, neben dem Grabe des unerschlichen Kampffliegers Freiherrn von Richthofen, pänte die Gruppe des Hanso Matlos Sarg aufnehmen sollte. Der Sarg des Polizeioberwachtmasters Jaurich wurde am Friedhof vorbei nach dem Staatsbegräbnis gebracht, von wo Josef Baumbach in seine letzte Heimat überführt wird. Dampf wühlte die Tronneln, als die Kolonnen der SA auf den Friedhof marschierten, auf dem sich Tausende und Abertausende eingefunden hatten. Der Kanzler sprach, der Staatsleiter rief dem vorbildlichen SA-Sturmführer Worte des Dankes nach, der SA-Gruppenführer überbrachte die letzten Grüße des obersten Führers. Der preussische Innenminister, Dr. Goering, sprach von dem Tod der den SA-Mann und den Polizeibeamten, beide im höchsten Jubel, aus dem Leben gerufen habe, er sprach davon, daß dieser Tod durch Deutschlands mächtigster Schindler sei.

Die Idee, für die beide gestorben seien, würde von den Lebenden, die den Toten nachzueilen wollten, in die Tat umgesetzt. Aus einer Zeit der Schmach und der Erniedrigung werde ein neues Deutschland auferstehen, ein Deutschland, das glücklich sei von dem Blut der Märtyrer, die ihr Leben gaben.

Während der „Adebaran“ eine Gefährdung durch 10 Anoten hat. Weiter hat ein zu Ungehören an der Schiffsseite befindliches Geschütz in der von Reichswehrzeugen im Zusammenhang mit dem Beschießen Kurs nach den Gewässern von Rostock genommen.

„Rote Fahne“ bis 7. Februar verboten

Berlin, 6. Febr. Der Polizeipräsident hat die „Rote Fahne“ einschlägig ihrer Kopieblätter mit fortgesetzter Wirkung bis zum 7. Februar 1933 einschlägig verboten, weil sie in verschiedenen Ausgaben zur Organisierung des Massenstreiks aufgefordert hat.

In der Notwehr erschossen

Mannheim, 6. Febr. In dem Vorort Seckenheim kam es nach einem Woll der Freien Turnerstaffel auf der Straße zu einem Streit, bei dem der zweifelslos angetrunkenen Schützling Wolfgang Kärrens von einem Polizeibeamten erschossen worden war. Dabei wurde dem Beamten der Gummihüpfel und das Seitengewehr erschossen, mit dem man auf ihn einschlug. Auf dem Boden liegend, gab er zunächst einen Schrecklaut und dann einen zweiten Schuß ab, der den Angreifer tödlich in den Bauch traf, so daß Selbstdenken an dem Überfall auf den Beamten befehliger anderer Schloffer wurde festgenommen.

Kraftwagen von Eisenbahnzug erfasst

Zwei Tote, drei Schwerverletzte. Dresden, 6. Febr. Am Sonnabend Nachmittag ereignete sich bei Dresden ein schweres Kraftwagenunglück. Der Personenzug Oflaga — Dresden erlitt auf der Kreuzung der Bahn mit der Fernverkehrsstraße Dresden — Berlin einen Personenkraftwagen, der die gestohlene Schranke durchbrochen hatte. Der Wagen wurde etwa 60 Meter mitgeschleift und völlig zertrümmert. Von den Insassen wurden ein Herr und eine Dame getötet. Zwei weitere Personen wurden schwer und eine Person leichtverletzt. Die Namen der Opfer konnten bisher nicht festgestellt werden. Aufsehend handelt es sich um eine Familie.

Folgeschwerer Kinobrand in Veracruz

Acht Tote, 20 Schwerverletzte. Veracruz (Mexiko), 5. Febr. In Veracruz brach während einer Kindervorstellung in einem Lichtspieltheater plötzlich ein Brand aus. Es entstand eine entsetzliche Panik. Zahlreiche Kinder wurden niedergebrennt, andere sprangen aus den Fenstern und stießen mit schweren Verletzungen im Hof liegen. Die Galerien bildeten ein einziges Flammenmeer und führten schließlich ein, wodurch zahlreiche Kinder unter den Trümmern geborgen wurden. Gleichzeitig spielten sich vor den Eingängen erbitterte Kämpfe zwischen einer Militäraufstellung und den bezweifelten Eltern ab, die zur Rettung ihrer Kinder in den Saal eindringen wollten. Acht Tote und 20 Schwerverletzte fielen der Katastrophe zum Opfer.

Hier auf Welle . . .

Dienstag, 7. Febr. 1933. Deutschlandsender.

- 6.15: Gumnacht. 6.30: Wetter. 6.45: bis 8.00: Nachrichten. 8.00: Nachrichten. 8.15: Schluß. 8.30: Nachrichten. 8.45: bis 9.00: Nachrichten. 9.00: Nachrichten. 9.15: Nachrichten. 9.30: Nachrichten. 9.45: Nachrichten. 10.00: Nachrichten. 10.15: Nachrichten. 10.30: Nachrichten. 10.45: Nachrichten. 11.00: Nachrichten. 11.15: Nachrichten. 11.30: Nachrichten. 11.45: Nachrichten. 12.00: Nachrichten. 12.15: Nachrichten. 12.30: Nachrichten. 12.45: Nachrichten. 13.00: Nachrichten. 13.15: Nachrichten. 13.30: Nachrichten. 13.45: Nachrichten. 14.00: Nachrichten. 14.15: Nachrichten. 14.30: Nachrichten. 14.45: Nachrichten. 15.00: Nachrichten. 15.15: Nachrichten. 15.30: Nachrichten. 15.45: Nachrichten. 16.00: Nachrichten. 16.15: Nachrichten. 16.30: Nachrichten. 16.45: Nachrichten. 17.00: Nachrichten. 17.15: Nachrichten. 17.30: Nachrichten. 17.45: Nachrichten. 18.00: Nachrichten. 18.15: Nachrichten. 18.30: Nachrichten. 18.45: Nachrichten. 19.00: Nachrichten. 19.15: Nachrichten. 19.30: Nachrichten. 19.45: Nachrichten. 20.00: Nachrichten. 20.15: Nachrichten. 20.30: Nachrichten. 20.45: Nachrichten. 21.00: Nachrichten. 21.15: Nachrichten. 21.30: Nachrichten. 21.45: Nachrichten. 22.00: Nachrichten. 22.15: Nachrichten. 22.30: Nachrichten. 22.45: Nachrichten. 23.00: Nachrichten. 23.15: Nachrichten. 23.30: Nachrichten. 23.45: Nachrichten. 24.00: Nachrichten.

Eingeborene entführen ein Panzerschiff

Am 6. Febr. aus Batavia wird gemeldet, daß auf dem auf der Rede von Diep-See liegenden Panzerschiff „De Joven Provincien“ die eingeborene Bevölkerung in Unwissenheit des Kommandanten und eines Teiles des Stabes am Sonnabend Abend die 9 an Bord befindlichen Offiziere mit aufgefängtem Besatzung gefangen nahmen und dann mit dem Schiff in der Nacht zum Sonntag die Rede verließ.

Der von dem Befehlshaber sofort unterrichtete Kommandant der „De Joven Provincien“ schiffte sich darauf mit den übrigen Offizieren sowie den europäischen Interoffizieren und der europäischen Besatzung seines Schiffes an Bord des Regierungsdampfers „Adebaran“ ein, um sein Schiff zu befreien. Man nimmt an, daß die „De Joven Provincien“ die normaler Weise 15 Anoten läßt, unter den jetzigen Umständen noch 8 Anoten machen kann.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt





BLICK ÜBER HALLE

Stadtverordnetenwahl am 12. März

Durch Verordnung der kommunikativen Regierung in Preußen sind sämtliche kommunalen Vertretungen in Preußen aufgelöst. Der Tag der Wahl ist in der gleichen Verordnung auf den 12. März festgesetzt worden. Mit dieser Regelung werden endlich auch in den preußischen Gemeindeverwaltungen gesunde Verhältnisse geschaffen. Ihre augenscheinliche Zusammenfassung ging aus der Gemeindevorwahl vom 17. November 1929 hervor.

Das halleische Stadtparlament spiegelt in seinem Falle das wirkliche Bild der halleischen Bevölkerung wieder. Die NSDAP, die auch in Halle die meisten Stimmanteile hat, ist mit nur 3 Mandaten vertreten. Die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft, in der sich alles von den Deutschnationalen bis zur Sozialpartei zusammengefasst hat, bezieht mit 29 Mandaten entgegen dem tatsächlichen Städteverhältnis die Situation. Weiter sind vertreten: 1 Volkspartei, 10 Sozialdemokraten und 15 Kommunisten.

Die Stadtverordnetenversammlung in Halle hat die bei jeder Wahl gleichbleibende Stärke von 68 Mandaten, in die sich die Partei nach den für sie abgegebenen Stimmen zu teilen haben.

Ein Drittel der Kassenpatienten grippekrank

Wahrscheinlich infolge des Witterungsumschlages ist die Zahl der Grippeerkrankungen weiter gestiegen. In Halle ist etwa ein Drittel aller bei der Allgemeinen Krankenhausambulanz gemeldeten neuen Krankheitsfälle auf Grippe zurückzuführen. Die Krankheitsverläufe aber anders als im Jahre 1929 durchaus gutartig. Nachkrankheiten sind nur wenig zu beobachten. Schließung von Schulen oder einzelnen Klassen war bisher nicht notwendig. Auch die Kindergärten werden weiterhin offengehalten.

Keine weitere Kürzung des Schullernunterrichts an höheren Schulen

Durch die Sparmaßnahmen bei den höheren Schulen ist eine Kürzung des Zeichen- und Schulfachunterrichts bis zu 33 Prozent eingetreten. Auf eine kleine Anfrage der Nationalsozialisten im Preussischen Landtag, die sich gegen diese Sparmaßnahmen wendet, hat jetzt der Reichsausschuss für das preussische Schulministerium erwidert, dass eine weitere Kürzung des Schullernunterrichts an den höheren Schulen nicht beabsichtigt sei, aber auch die Wiederherstellung des Schullernunterrichts in seinem ursprünglichen Umfang sei gänzlich nicht in Aussicht genommen.

Erfolgreiche Revision

Wegen eines im September 1932 erfolgten Unfalls bei einer Fieberbrüde auf einer Kiesgrube bei Wundorf, bei welchem der Arbeiter Werker ums Leben kam, war ein Strafverfahren gegen den Geschäftsführer Grimm eingeleitet worden. Er wurde vom Landgericht Halle wegen fahrlässiger Tötung an Stelle einer an sich verwehrt Gefängnisstrafe von einem Monat zu 200 RM. Geldstrafe verurteilt.

Grimm legte gegen dieses Urteil Revision ein; das Reichsgericht hat seine Urteile als begründet an und verwies die Sache zur anderweitigen Verhandlung an die Vorinstanz zurück.

Bei der mündlichen Verhandlung vom 21. Januar d. J. hat das Landgericht in Halle (Saale) Grimm freigesprochen.

Einbrecher mit Fachkenntnissen

In der Nacht zum 4. Februar ist in der Geleitstraße in ein Damenkonfektionsgeschäft eingedrungen worden, wobei für etwa 1000 RM Ware gestohlen wurde. Bei den Tätern handelt es sich um Sachleute zu handeln, da nur die besten Sachen gestohlen worden sind. Die Menge der gestohlenen Sachen lässt darauf schließen, dass mehrere Personen als Täter in Frage kommen und dass zum Abtransport wahrscheinlich ein Fahrzeug benutzt wurde.

In derselben Nacht ist auf dem Friedrichsplatz in eine Schuhreparaturwerkstatt eingedrungen worden. Hier sind 4 Markt Schellenleder im Gesamtwerte von 60 RM gestohlen worden.

Raub im Juweliergeschäft

Sonntagsabend um 18.30 Uhr hat ein junger Mann ein Goldwarengeschäft in der Bräuerstraße betreten, um sich angeblich eine goldene Uhr zu kaufen. Als ihm solche zur Ansicht vorgelegt worden sind, hat er eine goldene Herrenuhr gefasst und genommen und ist damit geflüchtet. Ein anderer junger Mann hat auf die Stufen der Geschäftstür den Täter verfolgt und gefasst. Durch zwei junge Mädchen

ist er aber wieder aus den Händen des Verfolgers befreit worden, so daß er unerkannt entkommen konnte. Sachverständige Mitteilungen, die auf Verhaftung behandelt werden, nimmt die Kriminalpolizei, Zimmer 100, Polizeipräsidium entgegen.

25 herrenlose Glühbirnen

Am Sonntagabend in der Vormittagsstunden ist an einem Regentisch in der Cecilienstraße ein Karton mit 25 Stück Glühbirnen gefunden worden. Es erhebt sich ausserhalb, daß die Glühbirnen aus einer strafbaren Handlung herrühren. Der Eigentümer wird gebeten, sich bei der Kriminalpolizei, Zimmer

Nr. 100, Polizeipräsidium, zu melden, wo auch die Glühbirnen vernichtet werden.

Der tägliche Unfall

Am Sonntag Mittag rufochte in der Deutscher Straße eine Kraftfahrerin infolge schleppigen Fahrens und ließ gegen einen Schienenstrahl der umgerissen wurde. Die Kraftfahrerin wurde leicht beschädigt. Verletzungen nicht vorliegt.

Am Sonntagabend gegen 18 Uhr stieß auf der Leipziger Chaussee ein Personenkraftwagen mit einem Hundwagen zusammen. Der Führer des Hundwagens wurde am Kopf erheblich verletzt und durch den Personenkraftwagen der Kopf angefaßt.

Der Arzt und die soziale Notlage

Vortragung des NS-Ärztebundes im Stadtschützenhaus

Am Sonntag Vormittag fanden sich die nationalsozialistischen Ärzte, die im NS-Ärztebund zusammengeschlossen sind, im Stadtschützenhaus zu einer öffentlichen Vortragung zusammen. Die Tagung, an der Ärzte, Apotheker, Zahnärzte und Zahnärztinnen sowie Mitglieder und Freunde der Bewegung teilnahmen, war gut besucht, wenn auch zahlreiche Parteigenossen, besonders aus der weiteren Umgebung auf eine Teilnahme verzichten mußten, da ihre Praxis, nicht zuletzt durch die Häufung der Grippeerkrankungen, sie allzu sehr in Anspruch nahm.

Der Gauobmann, Pp. Dr. Samann, eröffnete mit einem dreimaligen „Sieges-Gott“ über die Führer die Tagung und begann mit Ausführungen zu dem Thema: „Soziale Notlage in der Zeit der Krise“. Nicht nur Medizin und Zahnheilkunde, wie die Unberufenen, müssen in ihrem Zusammenhang mit der Not der Zeit betrachtet werden.

Neben Arzt ist aus seiner Praxis die Führung bestimmter Krankheiten bekannt, bei denen ebenfalls der Zusammenhang mit der Steigerung des Arbeitstempo und der Verschlechterung der Arbeitsbedingungen einerseits oder mit der Arbeitslosigkeit andererseits nicht zu verkennen ist. Magen- und Darmkrankheiten haben ungewöhnlich stark zugenommen. Grund: Arbeitszeitverlängerung, insbesondere Verkürzung der Mittagspause und sonstige Arbeitsbedingungen.

Ähnliche Ursachen, ganz abgesehen von der heute allgemeinen Sorge um die Existenz, hat die Neurothenie, die Nervenschwäche, die besonders bei den geistig Arbeitenden immer häufiger festzustellen ist.

Kein Wunder ist es auch, daß in einer Zeit, in der die allgemeine Not die Frau als alleinige Ernährerin erhebt, die Frauenkrankheiten sich häufen. Kein Wort ist schließlich in diesem Zusammenhang über die Säuglingskrankheiten zu verlieren.

Somit lassen sie wenigstens dem Arzt die Möglichkeit, wirksam zu helfen, während bei anderen mit der sozialen Notlage in Zusammenhang stehenden Erkrankungen die Hilfe des Arztes meistens verfallen muß, da die Behandlung der einzelnen Erkrankten nicht die notwendigen Verhältnisse der Krankheit aus der Welt schaffen kann.

Der Arzt ist also genötigt, sich auf das Gebiet der Politik zu begeben. Denn all-

gemeines Verbrechen von der Krise, die „an allem schuld“ sei, weist der klaren Erkenntnis aus: für das traurige Schicksal der Volksgenossen sind immer auch Menschen schuld, Menschen, die Träger eines bestimmten Systems sind. Dieser Mensch ist der Mensch im Nationalsozialismus. Die Dummheit in seiner beruflichen Tätigkeit ist es, die gerade den Arzt in die NSDAP zwingt.

Ueber Ziele und Wege der nationalsozialistischen Apotheker sprach der Fachberater der Reichsleitung der NSDAP, Apotheker Fietz, Dresden. Die Reformnotwendigkeit der Apotheke in Deutschland wurde bereits vor länger Jahren erkannt. Aber nicht einmal die Reichsregierung hat es, eine Vereinfachung der betriebsrechtlichen Formen der Apotheken in Deutschland bringen können.

Kein Problem aber ist die Serabwürdigung der Apotheke zur „Zankstelle genormter Arzneimittel“.

Sie ist indolenter geworden, nicht zuletzt durch die Schwächung der „Betriebsinhaber“. Wünschenswert sind die „Betriebsgemeinschaften“, in denen die Berufsvereinigungen, in einer pluralistischen Staatsform ist nicht zu erwarten, daß ein Stand, der nur lebensnotwendige Angelegenheiten, die seiner wirtschaftlichen Bedeutung gebührende Beachtung und Berücksichtigung seiner Wünsche findet.

Rechtzeitig werden nur alle die Vertreter der „Betriebsinhaber“ wiederkommen muß die individuell vererbte Rezeptur.

Schon um ihrer geistigen Kraft als Zeittitel willen, die sie vor der „Tablette aus dem Glasbüchlein“ voraus hat. Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen muß die Verordnungsbehörde der Krankenfälle berücksichtigen, denn das genormte Rezeptur ist schwerer als das in der Offizin hergestellte. Die zur Doppelrezeptur herabgeleitete Apotheke muß wieder Garantien für Qualitätssicherung geben.

Als letzter Redner sprach Reichstagsabg. Dr. Wagner-Auduberg (Zp.). Er stellte der liberalistischen Kapitalistischen Standespolitik das nationalsozialistische Standesgesetz gegenüber, das den Arzt wieder als Helfer der Menschheit anerkennt und seine Arbeit nicht nach Härten, aus marxistischem Geist geborenen Tarifen mißt.

Vorstandssitzung des Deutschen und des Preussischen Städtetages

Die Vorstände des Deutschen und des Preussischen Städtetages waren am 3. und 4. Februar versammelt und berieten nach Referaten des Präsidenten Dr. Müller und der Oberbürgermeister Dr. Rive-Galle, Dr. Landmann-Kranfurt a. M., Dr. Jares-Duisburg-Hamborn, Dr. Schwammberger-Ilm, Dr. Leber-Düsseldorf, Brauer-Altona, Dr. Weip-Przer und Dr. Kumbach-Nachen die großen aktuellen Fragen der Kommunalpolitik.

Das Krisenjahr 1932 hat neben vielen bitteren Erfahrungen endgültig festgelegt, daß der Widerstand der Städte nicht möglich ist ohne Gründung der Gemeindefinanzungen. Abgesehen von den Krisenausgaben für Wohlfahrtswesen und für Schulwesen und Vermögensgegenstände haben die Gemeinden ihre Ausgaben im Jahre 1932 gegenüber dem Jahre 1929 von 8400 Millionen auf 1700 Millionen, mithin um 60 p. S. gekürzt. Trotz dieser einsparnden Maßnahmen ist ihre Lage völlig unhaltbar geworden, weil zu gleich Zeit die Ausgaben für die Wohlfahrtswesen und für die gemeindliche Krisenfürsorge von 270 Millionen auf 1625 Millionen gestiegen und ihre steuerlichen Einnahmen von 4300 Millionen auf 2770 Millionen gefallen sind.

Die Reichsregierung hat deshalb schon im Sommer 1932 für die Gemeinden eine Reichswohlfahrtskasse bereitgestellt, die inzwischen auf den Jahresbeitrag von 702 Millionen festgelegt worden ist. Aber auch diese Hilfe ist auf die Dauer nicht ausreichend. Ständig liegt die Zahl der Wohlfahrtsvermerkslosen - im Monat

Dezember allein um 100.000 -, obwohl der Zugang aus der Krisenfürsorge zuerst abgetropft ist. Kurzfristige Überbrückungskredite können und sollen von den Gemeinden nicht aufgenommen werden.

Infolge dessen haben zahlreiche Gemeinden zur Aufrechterhaltung ihrer dringenden Aufgaben - Unterhaltungen, Käufe, Gehälter - die Leuten herangezogen, die ihrem Einkommen nach nicht in der Lage sind Steuern an Reich und Länder, Nichtzahlung von fälligen Zinsen, Nichtzahlung von Rechnungen! Nicht weniger als 300 Millionen RM. müssen gegenwärtig bei den Gemeinden auf diese Weise rückständig geworden sein.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages hat sich wiederum mit dieser sehr ernstlichen Sachlage befaßt und hat einstimmig als Forderungen der Städte beschlossen: Die Arbeitslosenfrage, jetzt in unangenehmer Verteilung zurückliegend, muß finanziell und organisatorisch zu einer Einheit zusammengefaßt werden, deren Spitze das Reich, deren unterste Stellen die Gemeinden bilden. Das finanzielle Risiko, jetzt zum größten Teil auf die Gemeinden abgewandt, muß angemessen verteilt werden. Mehr als etwa 400-450 Mill. Reichsmark jährlich können die Gemeinden der nicht tragen. Die Unterbringung der Arbeitslosen würde durch die Stabilisierung der Reichsarbeitslosenliste sichergestellt.

Das Wichtigste ist und bleibt die Wiedereinstellung Arbeitsloser in den Arbeitsprozess. Die Gemeinden geben in normalen Jahren für 45 Milliarden RM. Aufträge aller Art, von Arbeitsbeschäftigung bis zu den Kauf-

trägen. In der Krise mußten die Aufträge selbst dringender Art um mehr als die Hälfte reduziert werden. Gibt man den Gemeinden die Möglichkeit, den Arbeitslosen wieder normale Aufträge zu erteilen, so wird damit die Möglichkeit zu dauernden Wiedereinstellung von Arbeitslosen und Arbeitern gegeben, was ein Arbeitsbeschäftigungsprogramm erreichen kann.

Entscheidend ist die Gestaltung des Finanzumschlages. Das Durcheinander des jetzigen Standes macht dem Aufstrebenden die Beurteilung der finanziellen Lage zwischen Reich, Ländern und Gemeinden unmöglich. Die Gemeinden sind noch heute im Unklaren darüber, welche Einnahmen ihnen vom 1. April an zufließen werden. Zudem verlangt die neue preussische Gemeindefinanzverordnung die Abschreibung des Etats bis zum 31. März.

Der Vorstand des Deutschen Städtetages richtet die Aufmerksamkeit der Reichsregierung wiederum auf die Frage des kommunalen Schuldenwesens. Ueber die Konstellation im gemeindlichen Schuldenwesen wird seit mehr als anderthalb Jahren gerätet. Die Gemeinden wollen selbstverständlich in vollem Umfang ihre Verpflichtung als Schuldner erfüllen und sich freiwillig mit ihren Gläubigern verständigen. Dabei müssen sie aber die aktive Unterstützung von Reich und Ländern finden, die ihnen zwar durch die Reichsreformverordnung vom Oktober 1931 in Aussicht gestellt, aber seitdem nicht wieder entgegen worden ist.

Das Reichsbanner will die Juden schützen

Ein erzbischöflicher kaiserlicher Beistand

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Ortsweg 11, Halle, den 25. Januar 1933.

Sehr geehrter Herr!

Wir erlauben uns, Ihnen unsere Dank

trögen, die Herren A. Reiter und E. Schwarz, zu einer Unterhandlung hier

durch anzubringen.

Wie in der letzten Zeit durch die Presse bekannt geworden ist, treiben die Nationalsozialisten wieder mit einem verwerflichen Zorn und einer antisemitischen Propaganda gegen alle republikanischen Staatsbürger auf. Die Nationalsozialisten hoffen genau, daß in ihrer politischen Uniformierung ihre äußere Stärke liegt. Unter aller Ziel muß es sein, diese Menschenaffen auf das schärfste entgegenzutreten. Auch wir müssen noch mehr als bisher die Uniformierung des Reichsbanners betreiben.

In Ihrer letzten Verammlung im „Reichsbanner“ wurde von Ihrem Hauptredner anerkannt, daß die Staatsbürger jüdischen Glaubens hinsichtlich ihrer Rechte bei den schwersten politischen Kämpfen erlitten hätten. Daran hat sicher das Reichsbanner einen außerordentlichen Verdienst. Infolge dieser Verdienste werden immer wieder für Freiheit und Gleichberechtigung aller Staatsbürger ein und bringen persönlich große Opfer. Nur wenn Freiheit und Gleichberechtigung für alle bestehen bleiben, werden auch die Staatsbürger jüdischen Glaubens friedlich und ungestört ihre Lebensziele finden können.

Sie werden sich vorstellen können, daß die Uniformierung eine reine Finanzangelegenheit ist, welche aber von unfernen erwerbslosen Kameraden nicht allein getragen werden kann.

Indem wir Sie bitten, unsere Bestrebungen, welche Ihnen weitere Auskünfte erlauben, freundlichst empfangen zu wollen und nicht heimlich abzuweisen, zeichnen wir

Mit vorzüglicher Hochachtung

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold.

Der Vorstand

A. W. Reiter

1. Vorsitzender, März 42.

Stempel.

Jahren 70. Geburtstag feiern heute unser

Herrn Dr. Bedwin, Dr. Fritz, 22. welche 100

ihres hohen Alters nach als Wiedertat in der

Bewegung tätig ist. Wir wünschen die Segn

des Dritten Reich erleben kann.

Stempel.

Stempel.

Stempel.

Stempel.

Stempel.

Stempel.

Mitteldeutsche Nationalzeitung

HERAUSGEBER: RUDOLF JORDAN, M. D. L.

4. Jahrgang

Die Mitteldeutsche Nationalzeitung erscheint täglich (außer Sonntagen) mit höchster Beilage. "Baterland u. Welt" - Erntedankfeste bei Gärung. Infolge des Gewaltstreiks ob. Bericht können nicht berücksichtigt werden.

Montag, 6. Februar 1933

Verlag, Schriftleitung, Abonnements- und Anzeigenpreise ufm. Anzeigen. Bezugspreis siehe Seite 6 unter dem Anzeigen. - Unangeforderte Manuskripte ohne Rückporto werden nicht zurückgeschickt.

Nummer 31

Vor der großen Reinigung in Preußen

Landtagsauflösung gegen den Willen der Systemfront wahrscheinlich Adolf Hitler verzichtet auf sein Reichskanzler-Gehalt

Die Systemfront gestellt:

Der Landtag lehnt Auflösung ab! Einheitsfront von der KPD. bis zum Zentrum - Die Angst vor dem Votum des Volkes

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.)

Berlin, 6. Febr. Unter stürzender Anteilnahme der Öffentlichkeit trat der Preussische Landtag am Sonntagabend zu einer entscheidenden, wahrscheinlich letzten Sitzung zusammen. Als einziger Punkt der Tagesordnung fand der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Landtages und auf Ausschreibung von Neuwahlen für den 5. März zur Entscheidung.

Während die Geschäftsordnungsdebatte zeigte, daß das Bestreben sämtlicher Systemparteien darauf gerichtet war, die Beratungen des nationalsozialistischen Auflösungsantrages möglichst zu verlangsamen. Der nationalsozialistische Fraktionsführer, Rg. Kube, machte dieser Kritik der Systemlinie kurzgehand ein Ende, indem er erklärte, daß er der Beratung jeglicher weiteren Anträge, den man noch auf die Tagesordnung zu bringen versuche, widersprechen werde. Als daraufhin trotzdem der kommunistische Abgeordnete Fied und nach ihm weitere Kommunisten eine Anzahl agitatorischer Anträge auf der Tagesordnung unterzubringen suchte, gab Rg. Kube dazu die Erklärung ab, daß der Preussische Landtag während seines bisherigen Daseins und in seiner jetzigen Zusammensetzung nichts für den deutschen Arbeiter und den deutschen Bauern getan habe und ihm

daß Männer wie Braun und Seevering weiter höchste Gehälter beziehen und daß sie weiter ein Schattenballett spielen können, das zu einem Blatt der Schande in der preussischen Geschichte werden muß. Weide müssen weg! Wir wollen, daß der Protest des Volkes gegen seine Verflauung eindeutig wird. Die Auf-

lösung des Landtages ist aus Gründen der politischen Sauberkeit und der nationalen Ehre des preussischen Volkes notwendig. Wer den nationalsozialistischen Antrag ablehnt, beweist damit, daß er allen Grund hat, das Votum des Volkes zu fürchten. Wir wissen, daß eine Neuwahl auch in Preußen ein überwältigendes Bekanntnis des deutschen Volkes zu dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung und zu der neuen Regierung der nationalen Erhebung sein wird! (Zürnender Beifall auf der rechten des Hauses und auf einem großen Teil der Publikums- und Prestribünen.) (Fortsetzung auf Seite 2.)

Das Sturmbläuten der neuen Zeit

Von Dr. Otto Dietrich

Die sofortige Reichstagsauflösung und kurzfristige Abarbeitung von Neuwahlen als notwendige Antwort auf den ersten Versuch parlamentarischer Sabotage und parteipolitischer Ministerarbeit gegen die nationale Regierung dürfte allen Feinden der nationalsozialistischen Bewegung und allen denen, die sich von der marxistisch-liberalistischen Oberankerschwärzung durch die bisherigen nachkommunistischen Regierungen noch nicht freimachen konnten, begreifbar sein. Das ein neuer Geist in der Wilhelmstraße eingezogen ist und daß die Regierung Hitler nicht nur den Willen hat, zu handeln, sondern auch die Entscheidung und alle Vollmachten dazu besitzt. Bei der gegebenen parlamentarischen Konstellation, die der minime auch äußerlich in die

Kommunalwahlen am 12. März

Sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften in Preußen aufgelöst

Berlin, 6. Februar. Die kommissarische preussische Regierung hat durch Verordnung sämtliche kommunalen Vertretungskörperschaften aufgelöst. Die Neuwahlen finden am 12. März 1933 statt.

Wie der amtliche preussische Pressebericht ergibt, ergibt sich die Rechtsgrundlage der Verordnung über die Auflösung der kommunalen Vertretungskörperschaften aus den einzelnen Gemeindeverfassungsgesetzen, in denen das Staatsministe-

rium ermächtigt ist, durch gemeindliche Vertretungskörperschaften aufzulösen. Zur Verbilligung der durch die Auflösung erforderlichen Nachwahlen hat das Staatsministerium (Kommissar des Reiches) gleichzeitig beschließen, den Wahltag für die Neuwahl sämtlicher aufgelösten kommunalen Vertretungskörperschaften einheitlich und zwar so festzusetzen, daß die Auslegung der Wählerlisten zugleich mit der Auslegung der Wählerlisten für die Reichstagswahl erfolgen kann.

Der Führer in München

München, 6. Febr. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit:

Reichstanzler Adolf Hitler traf am Sonntag bei Einbruch der Dunkelheit von Berlin im Flugzeug kommend, in München ein. Der Besuch des Führers dient zunächst privaten Zwecken, dann aber auch der Vorbereitung der Reichstagswahl. Wie bekannt, verbleibt die Leitung der nationalsozialistischen Bewegung auch für die Zukunft in München. Adolf Hitler, der auch persönlich außerordentlich in München häuften, behält hier seine eigentliche Wohnung. Der Führer bezieht im übrigen als Reichstanzler kein Gehalt. Er hat, da er sich als Schriftsteller sein Einkommen selbst verdient, auf seine Bezüge als Reichstanzler Verzicht geleistet.

Erhebung getretenen politischen Zeitwendungen in seiner Weise mehr entspricht, ist ein neuer, arbeitsfähiger Reichstag eine unerlässliche Voraussetzung für eine erfolgreiche und durchgreifende Neugestaltung der deutschen Verhältnisse, die nach 14jähriger furchtbarer materieller und seelischer Not endlich in Angriff genommen werden kann. Nachdem die erste deutsche Nationalregierung durch die Berufung des Reichspräsidenten unter Führung Adolf Hitlers konstituiert ist, soll auch dem deutschen Volke Gelegenheit gegeben werden, seinen Willen zur Mitarbeit an dem großdeutschen Befreiungswort! Ausdruck zu geben und seine Verbundenheit mit der Regierung der nationalen Einheit zu bekräftigen.

Der Aufruf der Regierung an das deutsche Volk ist mehr als eine der üblichen Erklärungen. Es ist als erstes Manifest der Regierung der nationalen Erhebung eine geschichtliche Tat, Unbedeutend von den ohnmächtigen Wutausbrüchen der öffentlich angebrachten jüdisch-marxistischen Volkerverderber und ihrer politischen Traktanten - ja gerade deswegen - wird dieses Manifest in seiner unerwartet aufrüttelnden, schonungslos offenen, von innerer Kraft getragenen Sprache vom Volke empfunden.

Heute Versammlungs- und Pressenotverordnung

Zum Zwecke der Wahrung der Autorität und der unge störten Durchführung der Aufbauarbeit

Berlin, 6. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Bei ihrem Amtsantritt hatte die Regierung vor der Presse die Hoffnung und den Wunsch zum Ausdruck gebracht, es möge ihr kein Anlaß geboten werden, frühere Beschränkungen des Versammlungs- und Pressegesetzes wieder aufheben zu lassen. Allerdings wurde gleichzeitig mit Mahnung ausgesprochen, alles zu vermeiden, was Verunruhigung in das Volk tragen und die öffentliche Sicherheit gefährden könne.

Diese Mahnung ist nicht befolgt worden. Vor allem in der Presse sind in den letzten Tagen unerhörte Beschimpfungen und Verleumdungen erhoben worden, die eine Reichsregierung, die auf Autorität hält, sich nicht gefallen lassen kann. Ferner hat ein Teil der Presse, ganz offensichtlich um Verunruhigung zu schaffen und das Vertrauen der Regierung zu erschüttern, Gerüchte über angebliche Wirtschaftss- und sozialpolitische Maßnahmen der Regierung verbreitet, die keinerlei Unterlage besitzen.

Die Reichsregierung hat sich daher veranlaßt gesehen, dem Herrn Reichspräsidenten eine Verordnung vorzuschlagen, die Beschränkungen des Versammlungs- und Pressegesetzes enthält, wie sie zum Teil auch früher bestanden. Diese Verordnung gibt der Reichsregierung inwieweit die Handhabe, ihre Autorität wirksam zu wahren und ihre Aufbauarbeit ungehört

durchzuführen. Somit dient sie dem Wohl des deutschen Volkes.

Diese Verordnung, die dem Herrn Reichspräsidenten zur Unterschrift vorliegt, wird heute veröffentlicht werden.

Wie wir dazu noch erfahren, gibt die Verordnung in erster Linie die Möglichkeit, politische Versammlungen, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit darstellen, zu verbieten und Versammlungen, in denen zum Ungehörigen gegen die Gehege aufgereizt wird und Organe des Staates verächtlich gemacht werden, aufzulösen.

Der Presse gegenüber enthält die Verordnung einschneidende Bestimmungen, die allerdings nur dann in Kraft treten, wenn Verrat militärischer Geheimnisse, Aufforderung zum Ungehörigen gegen Gehege, Aufforderungen zu Gewalttätigkeiten, zum Generalstreik, zum Streik in lebenswichtigen Betrieben und Beschimpfung leitender Beamter des Staates, sowie Verbreitung unrichtiger Nachrichten, die lebenswichtige Interessen des Staates gefährden, vorliegen. Die Verordnungsdauer ist im allgemeinen höchstens 4 Wochen, in besonderen Fällen 6 Monate. Wenn bereits befreite Zeitungen rückfällig werden, treten verschärfte Bestimmungen in Kraft.

Das deutsche Volk wird die Geschäftsfähigkeit der Reichsregierung bewahren, umso mehr, da sich die berufsmäßigen Beschmutzer deutscher Ehre durch die Reichsregierung bewiesenen Unfähigkeit in keiner Weise wieder zeigen.



politischen Regierungszusammenkunft in Preußen einen geordneten Zustand herbeizuführen. Nach dem 6. November haben beide marxistische Parteien mit lauter Gehör die Berufung des Volkes gebordert. Der Reichspräsident hat jetzt den Wunsch der Wählerparteien, Neuwahlen im Reich durchzuführen, erfüllt.

Es ist für das preussische Volk nutzbar.